

---

Gemeinde Weingarten (Baden)  
Landkreis Karlsruhe

# **Satzung**

## **über die Erhebung von Gebühren für die Erstattung von Gutachten durch den Gutachterausschuss (Gutachterausschussgebühren-Satzung)**

- vom 10. März 1980 -

Beschluss dieser Satzung durch Gemeinderat  
am 10. März 1980 mit Wirkung vom 31. März 1980  
Veröffentlicht in TBR Nr. 13 vom 28. März 1980

1. Änderungssatzung durch Gemeinderatsbeschluss  
vom 2. Mai 1983 mit Wirkung vom 1. Juli 1983  
Veröffentlicht in TBR Nr. 20 vom 20. Mai 1983
2. Änderungssatzung durch Gemeinderatsbeschluss  
vom 19.11.2001 mit Wirkung vom 01.01.2002  
Veröffentlicht in TBR Nr. 47 vom 22.11.2001
3. Änderungssatzung durch Gemeinderatsbeschluss  
vom 13.11.2014 mit Wirkung vom 01.01.2015  
Veröffentlicht in TBR Nr. 49 vom 04.12.2014



Gemeinde Weingarten (Baden)  
Landkreis Karlsruhe

# **Satzung**

## **über die Erhebung von Gebühren für die Erstattung von Gutachten durch den Gutachterausschuss**

### **(Gutachterausschussgebühren-Satzung)**

- vom 10. März 1980 -

Aufgrund des § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg in der Fassung vom 22. Dezember 1975 (GBL 1976 S.1) in Verbindung mit den §§ 2 und 8 a des Kommunalabgabengesetzes in der Fassung vom 3. August 1978 (GBL 393) hat der Gemeinderat der Gemeinde Weingarten (Baden) am 10. März 1980 folgende Satzung beschlossen:

#### **§ 1**

#### **Gebührenpflicht**

- (1) Die Gemeinde Weingarten (Baden) erhebt für die Erstattung von Gutachten durch den Gutachterausschuss Gebühren.
- (2) Für die Amtshandlungen der Geschäftsstelle des Gutachterausschusses, insbesondere für Auskünfte nach § 143 b Abs. 5 BBauG sowie für die Gewährung von Einsicht in die Kaufpreissammlungen gemäß § 7 Abs. 3 Satz 2 Gutachterausschussverordnung werden Gebühren nach den Vorschriften der Verwaltungsgebührenordnung der Gemeinde Weingarten (Baden) erhoben.

#### **§ 2**

#### **Gebührensschuldner, Haftung**

- (1) Gebührensschuldner ist, wer die Erstattung des Gutachtens veranlasst oder in wessen Interesse sie vorgenommen wird.

- (2) Mehrere Gebührenschuldner haften als Gesamtschuldner.
- (3) Neben dem Gebührenschuldner haftet, wer die Gebührenschuld durch schriftliche Erklärung gegenüber der Geschäftsstelle des Gutachterausschusses übernommen hat; dies gilt auch für denjenigen, der für die Gebührenschuld eines anderen kraft Gesetzes haftet.

### **§3**

#### **Gebührenmaßstab**

- (1) Die Gebühren werden nach dem ermittelten Wert der Sachen und Rechte erhoben.
- (2) Sind in einem Gutachten für mehrere Grundstücke eines Gebiets durchschnittliche Lagewerte zu ermitteln, so gilt als Wert der doppelte Verkehrswert des gebiets- bzw. lagetypischen Grundstücks.
- (3) Sind im Rahmen einer Wertermittlung mehrere Sachen oder Rechte, die sich auf ein Grundstück oder ein grundstücksgleiches Recht beziehen, zu bewerten, so ist die Gebühr aus der Summe der maßgeblichen Werte der einzelnen Gegenstände zu berechnen. Gleiches gilt, wenn Wertunterschiede auf der Grundlage unterschiedlicher Grundstückseigenschaften zu ermitteln sind.
- (4) Wird in einem Gutachten über den Verkehrswert eines bebauten Grundstücks gemäß § 142 Abs. 3 BBauG neben dem Gesamtwert des Grundstücks der Wert von Grund und Boden mit dem Wert angegeben, der sich ergeben würde, wenn das Grundstück unbebaut wäre, so wird für die zusätzliche Angabe dieses Werts keine Gebühr erhoben.
- (5) Sind Wertermittlungen für Sachen oder Rechte auf unterschiedliche Stichtage durchzuführen, so ist die Gebühr aus der Summe des höchsten ermittelten und der Hälfte der auf die übrigen Stichtage ermittelten Werte zu berechnen.
- (6) Sind dieselben Sachen oder Rechte innerhalb von drei Jahren erneut zu bewerten, ohne dass sich die tatsächlichen und rechtlichen Verhältnisse geändert haben, so wird bei der Bemessung der Gebühr der halbe Wert zugrundegelegt.

#### **§4 Gebührenhöhe**

- (1) Bei der Wertermittlung von Sachen oder Rechten beträgt die Gebühr bei einem Wert bis 100.000 EURO 5 ‰ , mindestens 50 €.
- |   |         |
|---|---------|
| bis 250.000 €                             | 500 €   |
| zzgl. 3,5 ‰ aus dem Betrag über 100.000 € |         |
| bis 500.000 €                             | 1.025 € |
| zzgl. 1,9 ‰ aus dem Betrag über 250.000 € |         |
| bis 5 Mio. €                              | 1.440 € |
| zzgl. 1 ‰ aus dem Betrag über 500.000 €   |         |
| über 5 Mill. €                            | 5.525 € |
| zzgl. 0,1 ‰ aus dem Betrag über 5 Mio. €  |         |
- (2) Bei unbebauten Grundstücken oder Rechten an solchen Grundstücken beträgt die Gebühr die Hälfte der Gebühr nach Absatz 1, mindestens jedoch 50 €.
- (3) Ist das Gutachten auf Antrag entsprechend § 5 Abs. 4 Satz 2 Gutachterausschussverordnung unter Würdigung der Vergleichspreise und Darlegung der angewandten Methoden auszuarbeiten, erhöht sich die Gebühr um 50 v.H.

#### **§5 Rücknahme, Ablehnung eines Antrags**

Wird ein Antrag auf Feststellung eines Gutachtens zurückgenommen, bevor der Gutachterausschuss einen Beschluss über den Wert des Gegenstandes gefasst hat, oder wird ein Antrag abgelehnt, so wird eine Gebühr von 15 bis 5000 € erhoben. Wird ein Antrag erst nach dem Beschluss zurückgenommen, so entsteht die volle Gebühr.

#### **§6 Besondere Sachverständige, erhöhte Auslagen**

- (1) Werden besondere Sachverständige bei der Wertermittlung zugezogen, so hat der Gebührenschuldner die hierdurch entstehenden Auslagen neben den Gebühren nach dieser Satzung zu entrichten.
- (2) Soweit die sonstigen Auslagen das übliche Maß übersteigen, sind sie neben der Gebühr zu ersetzen.

- (3) Für die Erstattung von Auslagen sind die für die Gebühren geltenden Vorschriften entsprechend anzuwenden.

**§7****Entstehung und Fälligkeit**

Die Gebühr entsteht mit der Beendigung der Wertermittlung, in den Fällen des § 5 mit der Bekanntgabe der Gebührenfestsetzung. Die Gebühr wird einen Monat nach Bekanntgabe des Gebührenbescheids fällig.

**§ 8****Inkrafttreten**

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Weingarten (Baden), den 27. März 1980

Bensching

Bürgermeister